

# «Bundesrat und Parlament missachten den Wählerwillen»

Als Urner Landammann hat Hansruedi Stadler an vorderster Front für die Annahme der Alpeninitiative gekämpft. 20 Jahre später unterstellt er Bundesrat und Parlament, die Demokratie geringzuschätzen.

Mit Hansruedi Stadler\* sprach Dennis Bühler

Herr Stadler, vor 20 Jahren wurde die Alpeninitiative von Volk und Ständen überraschend angenommen. Wo stünde die Schweizer Verkehrspolitik heute ohne die damalige Weichenstellung? Hansruedi Stadler: Am Gotthard hätte der Bundesrat längst eine zweite Strassentunnelröhre gebaut. Wir hätten Zustände wie am Brenner in Österreich, zwei Millionen Lastwagen führen jährlich durch unser Land. Das Volk hat 1994 eine weitsichtige, kluge Entscheidung getroffen. Anders als damals ist die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene heute nicht mehr bestritten.

«Das beschädigt die Demokratie»

Obwohl das Volk die Verlagerungspolitik in den folgenden Jahren immer wieder bestätigt hat, sind die seit Annahme der Alpeninitiative in der Verfassung verankerten Ziele bei weitem nicht erreicht. Tatsächlich: Das Volk hat in einer beispiellosen Konstanz die Eckpfeiler einer effizienten Verkehrspolitik immer wieder erneuert, man denke an die Neat, die Leistungsabhängige Schwer-

verkehrsabgabe oder die am vergangenen Sonntag deutlich angenommene Fabi-Vorlage. Der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments verschleppen die Umsetzung der Alpeninitiative aber bis heute. Die Zahl der alpenquerenden Lastwagen ist noch immer viel zu hoch.



Hansruedi Stadler

Ist das nicht frustrierend? Mehr als das. Der Souverän hat 1994 nicht einfach nur einen Wunsch geäussert. Er hat dem Bundesrat und dem Parlament einen Auftrag erteilt. Diese aber missachten seit 20 Jahren den Wählerwillen. Das beschädigt die Demokratie.

Das sind harte Worte. Sie sind berechtigt. Ich werde den Eindruck nicht los, dass die Akteure im Bundeshaus das Volk nicht ernst nehmen. Ihr Verhalten ist Ausdruck einer Geringschätzung unserer Demokratie. Fast noch schlimmer ist: Wie man im Bundeshaus mit dem Volkswillen umgeht, wirkt sich auch auf zukünftige Abstimmungen aus. Man darf nicht erstaunt sein, wenn die Bevölkerung bei wichtigen Abstimmungen nicht mehr den Empfehlungen des Bundesrats und des Parlaments folgt und den Argumentationen aus Bern keinen Glauben mehr schenkt.

Sie sprechen die am vergangenen Sonntag angenommene SVP-Masseneinwanderungsinitiative an. Nicht nur. Ein weiteres Beispiel ist auch die Zweitwohnungsinitiative.

Wie könnte der Alpeninitiative zum Durchbruch verholfen werden? Das nötige Instrument ist längst bekannt: Seit Jahren fordert der Verein Alpeninitiative die Einführung der Alpentransitbörse. Sie wäre ein effizientes, marktwirtschaftliches und erst noch kostengünstiges Instrument.

Ist es wirklich nötig, die Fahrt durch die Alpen derart stark zu regulieren? Die Strassenkapazität ist in den Bergen nun mal ein knappes Gut. Mit einem Wettrüsten kann die Schwerverkehrsmobilität nicht gelöst werden. Es braucht mehr Mobilität im Kopf.

Widerspricht die Alpentransitbörse nicht EU-Recht? Auf diesen Standpunkt haben sich unsere politischen Verantwortungsträger immer wieder gestellt. Doch er ist falsch. Astrid Epiney, Direktorin des Europainstituts der Universität Fribourg, hat es gerade erst im Auftrag der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino festgestellt: Die Alpentransitbörse ist rechtlich machbar und der Bundesrat hat vom Parlament den rechtlich bindenden Auftrag erhalten, mit den umliegenden Ländern über ein solches Lenkungsinstrument zu verhandeln. Es fehlt also nur am politischen Willen.

«Das ist keine redliche Politik»

In letzter Zeit versucht der Bundesrat, die Richtung seiner Verkehrspolitik zu ändern: Statt ausschliesslich das Ziel der Verlagerung zu verfolgen, plant er

nun wieder den Bau einer zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard. Damit untergraben Bundesrat und Parlament das Verlagerungsziel, das vom Volk gesetzt wurde. Das ist keine redliche Politik. Die EU wird sich doch fragen: Warum sollen die Güter auf die Bahn, wenn die Schweiz die Transitstrassen-Kapazität mit zwei Tunnels ausbaut und dem Transitschwerverkehr so faktisch einen roten Teppich auslegt? Ob die EU unter diesen Vorzeichen in Deutschland und Italien teure Zubringerstrecken für die Eisenbahn bauen wird, bezweifle ich.

«Der Raubbau muss endlich aufhören»

Im Juni 2010 sind Sie aus dem Ständerat ausgeschieden, aus der Politik haben Sie sich mehrheitlich zurückgezogen. Das Thema Alpenschutz aber energiert Sie noch immer sehr. Der Alpenschutz ist eine Herzensangelegenheit geblieben. Als Leitmotiv hat mich ein Zitat von Antoine de St. Exupery meine ganze politische Karriere über verfolgt: «Wir erben nicht das Land unserer Väter, sondern wir borgen uns es von unseren Kindern.» Ich möchte meinen Kindern und Grosskindern in die Augen sehen können. Der Raubbau an Ressourcen muss endlich aufhören.

\* Hansruedi Stadler hat sich als damaliger Landammann des Kantons Uri für die Alpenschutzinitiative eingesetzt. Von 1999 bis 2010 sass der CVP-Politiker im Ständerat.

## AUS ERSTER HAND

### «Enttäuschung ist zu hart»



Mit Andrea Hämmerle\* sprach Dennis Bühler

Herr Hämmerle, die Annahme der Alpeninitiative jährt sich nächste Woche zum 20. Mal. Wie fällt Ihre Bilanz aus? Andrea Hämmerle: Gemischt. Klar ist: Die Initiative wurde weder buchstabengetreu noch sinngemäss umgesetzt. Aber für mich überwiegt das Positive bei Weitem. Die Alpeninitiative ist ein Leuchtturm der Schweizerischen Verkehrspolitik. Ohne deren Annahme hätten wir beispielsweise längst eine zweite Gotthardröhre, dafür aber keine LSVA und grosse Lastwagenlawinen. Die Alpeninitiative hat unglaublich viel bewirkt.

Ihr Mitstreiter Hansruedi Stadler kritisiert Bundesrat und Parlament für die «Verschleppung» der Alpeninitiative. Sind Sie nicht auch enttäuscht? Auch wenn viele meiner Mitstreiter frustriert sind: Das Wort Enttäuschung finde ich zu hart. Wenn es die Alpeninitiative heute noch nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Auch Europa erschwert die Umsetzung der Alpeninitiative. Sind Sie als Euroturbo folglich mitschuldig, dass es mit der Umsetzung hapert? Ich bin kein Eurotubo. Aber es ist klar, dass die Verkehrspolitik nicht in der Schweiz allein umgesetzt werden kann. Auch wenn wir nicht in der EU sind, müssen wir die Zusammenarbeit mit ihr suchen.

Ihre Ziele widersprechen sich: Der grüne Alpenschutz steht in Konkurrenz zum roten Ziel der Öffnung gegen Europa. Das stimmt nicht. Wären wir in der EU, könnten wir uns besser in die Diskussion einbringen, wie Alpenschutz und Verkehsverlagerung europaweit verbessert werden können. Von aussen ist es weit schwieriger.

Die Alpeninitiative ist nicht die einzige angenommene Volksinitiative, die nur schleppend umgesetzt wird. Man denke etwa an die Ausschaffungsinitiative. Man muss differenzieren. Es gibt Initiativen, die nicht umgesetzt werden können, weil sie völkerrechtswidrig sind. Und es gibt Initiativen, die nicht umgesetzt werden, weil sie innen- und aussenpolitisch auch nach ihrer Annahme bekämpft werden. Es gibt Parlamentarier, die sich noch heute im Abstimmungskampf wähnen, obwohl die Alpeninitiative längst geltendes Verfassungsrecht ist. Der Alpenschutzartikel ist nicht völkerrechtswidrig.

Hätten Sie am 20. Februar 1994 nach dem Sieg an der Urne damit gerechnet, dass Sie 20 Jahre später eine durchgezogene Bilanz werden ziehen müssen? Die Bilanz ist nicht so durchgezogen, wie Sie sagen. Nein, ich hätte nicht damit gerechnet, dass die Alpeninitiative nach zwei Jahrzehnten noch immer ein so grosses Thema sein würde. Das zeigt, wie weitsichtig wir damals waren.

Wir haben 20 Jahre zurückgeblickt, lassen Sie uns zum Schluss vorausschauen. Wo steht die Alpeninitiative 2034? Ich war Politiker, nicht Prognostiker. Sicher ist: Die Verkehrspolitik bleibt ein politischer Schlüsselbereich. Und der Alpenschutzartikel wird auch 2034 wichtig sein.

\* Der Bündner Jurist und Biobauer Andrea Hämmerle war von 1991 bis 2011 SP-Nationalrat. Er war Mitinitiant der Alpeninitiative.

## Als der Landammann auf dem Dorfplatz tanzte

Der Abstimmungskampf um die Alpeninitiative wurde auch am TV entschieden: Der Urner Landammann Hansruedi Stadler brachte Bundesrat Adolf Ogi derart in Rage, dass dieser zuerst die Fassung – und dann an der Urne verlor.

Von Dennis Bühler

Bern. – «Ihr Urner müsst gar nichts sagen, ihr, denen wir ja alles zahlen» – der Vorwurf, vorgetragen mit erhobem Zeigfinger und spürbarer Wut in Stimme und Gesicht, wog schwer. Adolf Ogi, der gewöhnlich besonnene SVP-Bundesrat, hatte die Solidarität zwischen den Kantonen in Frage gestellt. In aller Öffentlichkeit, vor 535 000 Augenpaaren am 4. Februar 1994, in der «Arena» des Schweizer Fernsehens.

Das Publikum im TV-Studio reagierte johlend und klatschend, jenes vor den Bildschirmen aber verzieh dem damaligen Verkehrsminister Ogi die Herabsetzung des Bergvolks nicht. Zwei Wochen später sprachen sich 51,9 Prozent der Stimmbevölkerung für die Alpeninitiative aus. Die ursprünglich gerade mal 42 Initianten aus den vier Bergkantonen Uri, Graubünden, Wallis und Tessin durften einen überraschenden Erfolg feiern.

«Aus dem TV-Gerät steigen» Provoziert hatte die Entgleisung Ogis, der viele Beobachter entscheidende Bedeutung für den Urnenausgang beimassen, der Urner Landammann Hansruedi Stadler. «Ein Mann mit gleichzeitig besonnenem und vifem Gesicht», der die Debatte «in gepfleg-



Freudentanz: Hansruedi Stadler tanzt mit seiner Frau am 20. Februar 1994 über den Altdorfer Unterlehn. Bild Keystone

ter städtischer Kleidung und vor allem mit präziser und verbindlicher Sprache» für sich entschieden habe, wie der «Tages-Anzeiger» schrieb. «Keine Spur vom Zerrbild des rückwärtsgewandten Urschweizers» konnte die Zeitung aus Zürich bei ihm finden. Der 1,72 Meter kleine Politiker aus Altdorf wurde über Nacht zum schweizweit bekannten Politstar.

«Ich war als junger Regierungsrat erstmals in einem Fernsehstudio», erinnert sich Stadler heute an seinen denkwürdigen Auftritt. «Entsprechend aufgeregt war ich.» Es sei ihm

in dieser Sendung gut gelungen, das komplexe Thema für alle verständlich runterzubrechen, sagt er. «Ich hatte mir vorgenommen, buchstäblich aus dem TV-Gerät zu steigen, zu den Leuten ins Wohnzimmer vorzudringen.»

«Sehen Sie diese Angsttriebe?» Stadler wusste sich und seine Überzeugungen auch nach der «Arena» gut zu inszenieren. Noch vor der Abstimmung wanderte er mit dem «Sonntagsblick» durchs Urnertal und zum Bauernhof seiner Eltern, der nun zwischen Gotthard-Autobahn, Hochspan-

nungsleitungen und Bahngeleisen lag, wie die Zeitung schrieb. Vor einem kranken Nadelbaum hielt er inne. «Sehen Sie diese Angsttriebe?», fragte er. «Es ist höchste Zeit zu handeln. Der Güterverkehr muss auf die Schiene.» Tage später triumphierte der Mann, der es mit dem grossen Ogi aufgenommen hatte, an der Urne. Bei der Siegesfeier liess er es sich nicht nehmen, seine Abstimmungswette einzulösen: Auf dem Hauptplatz von Altdorf tanzte er zur inoffiziellen Urner Nationalhymne «Zoge am Boge de Landamme tanzed». Und die Medien jubelten.